





# Ein kommunistischer Reinfall.

Karlruhe hat Karlsruhe.  
"Eigener Drahtbericht" der "Noten Fabrik", des Zentralorgans der Kommunistischen Partei, aus Karlsruhe in Baden:

Karlsruhe, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß sich zurzeit der hiesige Vertreter der bulgarischen Arbeiter und Bauern, König Boris von Bulgarien, mit Genehmigung der badischen Koalitionsregierung in Karlsruhe befindet. Der Arbeiterdraht hat sich eine angelegte Erregung bemächtigt. Aus den Betrieben werden Delegationen zur Regierung geschickt, die die Entfernung des Arbeitermörders Boris in Solidarität mit den blutenden Arbeitern und Bauern Bulgariens verlangen.

Man läßt sich in das Jahr 1919 zurückversetzen. Nur merklich, daß in Süddeutschland kein Werklich etwas davon weiß. Aber der kommunistische Apparat funktioniert. Er hat ja alle möglichen Delegationen bei der Hand und weiß insbesondere die Berliner Salonkommunisten für seine Zwecke zu benutzen. Folgendes Protesttelegramm an den Oberbürgermeister der badischen Hauptstadt Karlsruhe wurde schleunigst abgeschickt:

"Der Finder, Oberbürgermeister, Karlsruhe. Namens Schriftsteller, Künstler, Akademiker und namhafter Vertreter der organisierten Arbeiterkraft erheben allerhöchsten Protest gegen die faschistischen Intrigen der Boris von Bulgarien. Feststellungen mit diesem Führer barbarischen Terrors sind Deutschlands als Kulturstaat unwürdig. Dr. Manfried Georg, Rudolf Leonhardt, Ignaz Wobeg, Siegfried Jacob."

Einige Tage später ergibt sich aus den Hof- und Personalnachrichten Berliner rechtschreibender Zeitungen, daß der König von Bulgarien zwei Wochen lang der Galt seiner betrübten Schwester Adelsford in Karlsruhe in Oberhesseln gewesen ist. Er war niemals in Karlsruhe in Baden. Trotzdem bemächtigte sich nach dem "eigenen Drahtbericht" der "Noten Fabrik" der Arbeiterkraft in Karlsruhe in Baden angelegte Erregung. Trotzdem wurden nach diesem trefflichen Laft Delegationen an die badische Regierung geschickt. Trotzdem protestierten Ignaz Wobeg von den Reichshäusern und die anderen Herren ohne nähere Erläuterung in den kaiserlichen Ausdrücken.

# Politische Notizen

## Die kleinste Schule in Deutschland.

Die Schule in dem Dorf Böda bei Bitterfeld hat von Eltern ab nur fünf Schüler der zu verzeichnen. Sie darf mit dieser kleinen Schülerzahl wohl den Antrag darauf erheben, die kleinste Schule Deutschlands zu sein.

## Bevorstehendes Bauparlassengesetz

Das Reichsarbeitsministerium befragt nun zurzeit mit der gesetzlichen Regelung des Bauparlassens. Ein Referentenentwurf, der vor dem Ausschuss liegt, sieht vor, daß die Bauparlassen und ihre Geschäftstätigkeit der Aufsicht einer Behörde unterstellt werden. Für die Bauparlassen und die Rechtsverhältnisse der Bauparler werden Vorschriften vorgeschlagen, wie sie für die Hypothekendarlehen und die privaten Verleiderungsunternehmen gelten. Sobald die Arbeiten an dem Entwurf abgeschlossen sind, soll er der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

## Die Seereskäre Frankreichs.

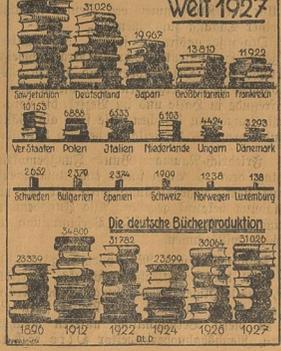
Quat France Militäre haben einschließlich der Jagdflug und 420 000 aktive Soldaten im eigentlichen Frankreich. Nach demselben Blatt wurde in einem kriegsmilitärischen Rundschreiben angegeben, daß nach dem für den 5. 5. vorgezogenen Vollzug der Umorganisation des französischen Heeres ungefähr ein Drittel der Infanterie außerhalb Frankreichs liegen wird. Etwa die Hälfte ihrer Mannschaften wird aus farbigen ergänzt.

## Die Parteizugehörigkeit der politischen Beamten in Preußen.

Nach einer von Deutschen Beamtenbund veröffentlichten Uebersicht verteilen sich in Preußen die lebenden Verwaltungsbeamten in folgender Weise auf die politischen Parteien:

	Soz.	Chr.	Dem.	Republ.	Landw.	Unpart.
12 Oberpräsidenten	4	3	3	2	—	—
12 Hochpräsidenten	1	3	2	3	—	3
32 Reg.-Präsidenten	6	7	8	9	—	2
32 Reg.-Bezirkspräsidenten	6	10	7	2	1	6
90 Kreispräsidenten	16	5	4	3	—	2
444 Landräte	64	140	60	79	6	149
622 politische Beamte	87	108	90	93	7	162
	174	216	160	166	14	324

# Die Bücherzeugung der Welt 1927



# Zwang zur Großen Koalition

Die Unterhändler der Fraktionen haben in der Reichstagspause mühselige Arbeit geleistet und ein Programm für die Ausgabendeckelung in großem Maßstabe fertiggestellt. Wenn man auch über Einzelheiten dieser Ausgabendeckelung verschiedener Meinung sein kann, im ganzen ist der Versuch gelungen. In dem Augenblick, in dem in Paris die wichtigen Reparationsverhandlungen stattfinden, möge man doch auch einmal bedenken, wie sehr bei uns der Sparzwang vorhanden ist. Wir haben ja schwer unter der Last der Reparationen zu tragen, daß wir ohne Not keine Ausgaben nicht auf uns nehmen können. Bei einer ganzen Reihe von Streikungen ist man bis an die Grenzen des Verschleißes und vielfach darüber hinaus gegangen, weil eben das Notjahr 1929 auch besondere Maßnahmen nötig macht. Das Parlament und die verschiedenen Fraktionen haben sich nun diesmal willig auf ihre ureigentliche Aufgabe begeben, nämlich auf die der parlamentarischen Verwaltung des Reiches. Sie haben damit einen Sieg über die Bürokratie erfochten, der nicht hoch genug geschätzt werden kann. Es muß aber gehofft werden, daß dieser Sieg nicht ein einmaliger Sieg ist, sondern daß er in jedem Jahr und bei jedem Laft wiederholt wird. Die Bürokratie — und wir gebrauchen dieses Wort ohne einen allen Beigehmaß — muß wissen, daß die Abgeordneten als Vertreter des Volkes den Willen zur größten Sparmaßnahme haben, dann werden die Beamten nicht mit Forderungen kommen, die über das Maß gehen hinausgehen, was erträglich ist.

Dieser Sieg des Parlamentes über die Bürokratie darf auch deshalb nicht einmalig sein, weil noch auf anderen Gebieten die Bürokratie überwinden werden muß. Das gilt zum ersten und zum wichtigsten auf dem Gebiet der Steuerreform. Wir müssen aus der Komplexität unseres Systems heraus, wir müssen zu einfachen und klaren Schnittlinien kommen, und es ist wohl keine Ungerechtigkeit, wenn man sagt, daß die Steuerreform bis jetzt zum großen Teil durch das Beharrlichkeitsbedenken der Bürokratie vereitelt worden ist. Selbstverständlich hat auch die Ungeheuerlichkeit der Reparationszahlungen das Ihrige dazu getan.

Auch der endgültige Finanzausgleich muß erledigt werden. Es sind jetzt bereits verschiedene Vorschläge gegeben, zum Beispiel geht die eine dahin, daß die Körperschaftsteuern beim Reiche verbleiben sollen und daß die Länder andere Ueberweisungen dafür erhalten werden; auch die Zulassung und Uebernahmgebiete sollen weiter bis heute befristet werden. Was weit für die lebenswichtigen Kinder der Paragraf 35 des Finanzvergleichsvertrages in Anwendung bleibt, ist ebenfalls der späteren Entwicklung vorbehalten. Ueber alle diese Einzelheiten wird man reden können, aber auch hier muß der Wille zur Tat vorhanden sein.

In der nächsten Zukunft gilt es noch eine dritte große Aufgabe zu lösen, nämlich eine Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung hat sich in der bisherigen Form nicht bewährt. Das kann ganz offen ausgesprochen werden, ohne daß daraus jemandem ein Vorwurf gemacht werden kann. Es bleibt zu unteruchen, ob die vorhandenen Mittelände auf das Geheiß oder auf andere Ursachen zurückzuführen sind. Unannehmlich ist mit der Arbeitslosenversicherung schon der Mißbrauch getrieben worden. Und bei einer Reform der Arbeitslosenversicherung können dem Reiche und der Wirtschaft Millionen gespart werden, wenn es gelingt, die Versicherungsquellen zu verstopfen. Man hat ja die Versicherungsleistungen verlängert, weil man — und das gilt auch für die Sozialdemokratie — an die Arbeitslosenversicherungs-Reform heranzutreten will. Was den Forderungen hat man leisten müssen, wie es nicht gemacht werden durfte. Die Probezeit ist vorbei, nun muß aber auch ein besseres Werk erbracht werden.

Neben diesen Aufgaben bleiben natürlich bestehen die großen Aufgaben, die in der letzten Zeit schon immer im Vordergrund des Interesses gestanden haben. Die Wahlreform, die Rechtsreform, die Reichsreform. Alle diese Aufgaben zeigen, wie notwendig die Schaffung einer festen Koalition ist. Es ist deshalb zu behaupten, daß die rein parteiaktuelle Stellungnahme der Sozialdemokraten zur Parlamentarierfrage den Arbeiten Seine in den Weg gelegt hat. Nach all den Wirrnissen der letzten Zeit konnte wohl erwartet werden, daß jetzt endlich der Weg für die Arbeit frei wurde. Am Augenblick ist die weitere Entwicklung noch nicht zu übersehen. Es kann nur gehofft werden, daß die Vernunft schließlich doch noch siegen wird.

Hier abtrennen!

An das Postamt (Zeitungsstelle) (Anfrankiert in den Briefkästen zu werfen!)

Sie!

# Bestellschein

Ich bestelle hiermit  Original  Exemplare

## Politischer Wegweiser

für den

### Monat Mai

und bitte den Preispreis von 75 Kopplennig zusätzlich 8 Kopplennig Zustellungs-Gebühr durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

darüber konnte von vornherein kein Zweifel entstehen: „Die Erziehung muß die sittlichen und geistigen Kräfte des Kindes entwickeln und stärken. Sie sind die Grundlagen menschlichen Lebens.“ Oder mit anderen Worten: „Der Fortschritt der Gesamtbildung entspricht auch der Erziehung der beruflichen Leistung.“

Damit war auch der Auftrag für die Wehrmachtsschulen klar und eindeutig umrissen. Diese selbstverständliche militärische Erziehung deckt sich vollkommen mit dem pädagogischen Grundgedanken der Schule vom Boden des Schülers aus zu gestalten. Die Bildung des Erwachsenen, die Erziehung seines Persönlichkeitswertes, kann nur auf Grundlage eines Wertes gelingen. Der bürgerliche Unterricht in der Wehrmacht konnte sich mithin nicht außerhalb des militärischen, konnte kein enigmatischer Dienst werden — schon aus innerpädagogischen Gründen. Er mußte Hilfsmittel der militärischen Erziehung werden, wenn er überhaupt leben und für die Truppe tragbar bleiben sollte. Um dem Lehrer instandzusetzen, die beiden Aufgaben zu erfüllen, wird der Unterricht in enger Fühlung mit dem militärischen Weesen und militärischen Dienst betrieben.

Der oberste Leitgedanke der soldatischen Ausbildung ist notwendigerweise auch der erste Richtschnur der Wehrmachtsschule: „Jeder Soldat muß tief durchdrungen sein von der Bedeutung seines verantwortungsvollen Berufes, die höchsten Güter des deutschen Volkes zu schützen.“ So wird der Mann über die Dinge seines Tuns hinausgehoben. Sein Beruf erhält Sinn und Bedeutung im Leben des Volkes. Damit ist aber auch gesagt, daß der einzelne nur durch treue Berufserfüllung Wert gewinnt in der nationalen Gemeinschaft. Dieses Wertbewußtsein im Menschen zu wecken und zu erhalten, ist die Grundlage jeder Erziehung.

# Wie man so schwört

Von Eling ?

Eling, der alku früh Verstorbenen, war ein Vorkämpfer gegen die Eideschwüre. Seine Argumente sind heute noch lebendig und nicht ohne Bedeutung für die nachfolgende Erziehung. Er sagt, wie die nachfolgende Erziehung sein sollte: „Richter und Gerichte“ (Verlag Ullstein, Berlin) entnommen ist.

Die wachselhafte kleine Wägen mit einem Kneifer auf der wackeligen unruhigen Rolle steht wegen Vernichtung der Wehrmachtlichen des Reiches Krause vor dem Richter. Zur Sicherheit hat sie sich einen Verteidiger mitgebracht.

„Warum haben Sie die Urkunden vernichtet?“  
„Ich habe sie ja gar nicht vernichtet —“  
„Aber es wird eine Frau Kempe erfinden und beschwören, daß sie dabei war, als Sie die Urkunden vernichteten.“

Der Verteidiger schaltet sich ein:  
„Die Urkunden können ja nicht vernichtet sein — ich habe sie doch hier in der Hand —“  
„Sie haben sie?“

Und das Fräulein erzählt die trübselige Geschichte ihrer armen Liebe. Sie und der Freier hatten ihre Papstgeleiten vereinigt und waren zumalungewesen. Nach Monaten kam der Krause, Krause jag aus, fand aber beim Warten am Krause nicht. Auch das Fräulein wollte nicht, wo die Urkunden vernichtet waren. Da zeigte der Freier an, dann durchsuchte sie nochmals alles, fand die Papiere und brachte sie an Gerichtsstelle.

„Warum haben Sie ihm die Papiere vorenthalten?“  
„Das habe ich gar nicht getan. Was sollte ich denn damit. Das Scheidungsurteil seiner Ehe, eine Karte vom Wohnungsamt, zwei Geburtsurkunden — was sollte ich denn damit?“ Die Papiere waren verbrannt — er hätte sie ja selbst nicht können.

„Schön“, sagt der Richter, „nun die Jengen.“  
„Und es kommt Krause, der Freier, nicht ahnend, daß seine Papiere auf dem Richterisch liegen.“  
„Sie hatten ein Verhältnis mit der Angeklagten?“  
„Ja, leider es war das schrecklichste Jahr meines Lebens.“

Dann trennten Sie sich, und Sie vernichten Ihre Papiere.“  
„Nein, die habe ich schon vorher vernichtet. Ich wohnte früher bei Frau Kempe, und das Fräulein ist erst auch zu Frau Kempe gezogen. Dann mieteten wir eine gemeinsame Wohnung. Raum waren wir drei, vernichte ich die Papiere.“ Sie hatte mit gleich gedacht, daß die Angeklagte sie vernichten ist die trübselige Version, die ich in meinem Leben kennen gelernt habe. Später hat mir Frau Kempe erzählt, daß sie mit eigenen Augen gesehen hat, wie die Angeklagte die Papiere noch in der Kemperischen Wohnung verbrannt hat.“

„Mit eigenen Augen?“  
„Mit eigenen Augen.“  
Der Anwalt deckt seine Mappe auf.  
„Sind das Ihre Papiere?“  
Der Freier traut seinen Augen nicht. „Ja, das sind sie.“

„Sehen Sie sich.“  
Nun wird Frau Kempe gerufen, eine ältliche hagere Frau mit einem wippenden Straußenfederhut, kleinen, roten, grauen Augen, einer alles durchbohrenden Spinnale. Sie wird besonders zur Wahrheits gemahnt, sie leidet den Eid mit Andruß.

„Herr Krause hat bei Ihnen gewohnt?“  
„Nein, er hatte nur seine Sachen bei mir untergestellt.“  
„Nehmen Sie sich in acht, Frau Kempe. Herr Krause hat eben beschworen, daß er bei Ihnen gewohnt hat.“  
„Ja ja — ein bißchen hat er auch bei mir gewohnt.“  
„Was wissen Sie von den Papieren Krause?“  
„Also, das Fräulein ist eines Tages mit einer Menge von Papieren in die Küche gekommen und hat sie verbrannt.“

„Was waren das für Papiere?“  
„Das Scheidungsurteil, eine Karte vom Wohnungsamt, Geburtsurkunden.“  
„Und Sie haben gesehen, wie sie diese Papiere verbrannt hat?“  
„Ja — mit meinen eigenen Augen.“

Der Richter mit erhobener Stimme: „Machen Sie sich nicht unglücklich, die Papiere liegen hier auf dem Tisch; das Scheidungsurteil, die Karte, die Geburtsurkunden.“  
Frau Kempe hat gerade noch Zeit, zu sagen: „Dann muß die Frau Kempe nicht gelassen werden.“  
„Sehen Sie sich“, domtert der Richter.  
Die Angeklagte ist in einer Minute freigesprochen, Herr Krause zieht mit seinen Papieren nach Hause. Frau Kempe folgt ihr hinterdrein.  
So wird geschworen.

## Roch-Weser und die demokratische Reichstagsfraktion

Die Fraktionsstimmung der demokratischen Reichstagsfraktion wurde am letzten Montag von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Abgeordneten Oscar Meyer, eröffnet, der für den ausgeschiedenen Reichstagsminister Roch-Weser warme und herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung sprach. Unter dem lebhaften Beifall der Fraktionsmitglieder stellte Abgeordneter Oscar Meyer fest, daß der Reichsminister Roch-Weser sich Verdienste erworben habe, indem er feinergetzt das Ministerium übernommen habe. Weitens größeres Verdienste habe er sich aber erworben durch seine Tätigkeit im Ministerium. Die dreiwertel Jahre der Ministerfraktion von Roch-Weser hätten nicht nur in der Partei, sondern weit darüber hinaus Anerkennung gefunden. Der demokratische Minister sei in vorbildlicher Selbstlosigkeit zurückgetreten, als es galt, die Möglichkeit einer festen Koalition zu verwirklichen. Die Verdienste Roch-Wesers für seine vaterländische Arbeit gelten nicht allein der Partei, sondern sie gehen weit darüber hinaus. Die Demokraten sind stolz, daß dieser vorbildliche Minister der demokratischen Reichstagsfraktion angehöre.

## Die schöne Zeit, die selbe Zeit ... „Gefürchteter Graf zu Henneberg“

Die Einleitungsformel des ersten Gesetzes, das der letzte Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha verfaßt hat, lautet:

„Wir, Leopold Carl Eduard Georg Albert, Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, auch Herzog zu Jülich, Cleve und Berg, zu Engen und Bessalen, Landgraf zu Thüringen, Markgraf zu Meissen, gefürchteter Graf zu Henneberg, Graf zu der Mark und Ravensberg, Herr zu Ravensstein und Sonne usw., Herzog von Alban, Graf von Clarence, Baron Acton, haben beschloffen und verordnet mit Zustimmung des Landtags für das Herzogtum Gotha was folgt ...“

So erhebet diese Einleitung eines Gesetzes für ein Reich von 1800 Quadratkilometern mit noch nicht 260.000 Einwohnern sein mag, so betörend war sein Inhalt. Danach wurden nämlich von den Domänen des Staats 5 dem Herzog 1/3, dem Lande nur 2/3 zugeteilt.

## Schilda ist übertrumpft Es lebe Rabstorf!

Zeit die lebendige Aussprache über den Einheitsstaat begonnen hat, sind manche Grotesken an Grenzwirrwarr bekannt geworden. Im den Spielplätzen in dieser Beziehung tritten sich bisher die preisliche Erkläre Achberg in der Nähe des Bodenbees und die ebenfalls preisliche Gemeinde Wintendorf, die im Thüringischen liegt. Über diese beiden Fälle bildeten noch nicht die Höhe des Ereignisses. Den Mann für den der Rabstorf im braunschweigischen Kreis eintritt in Anspruch nehmen, in dessen Weichbild 19 preußische Enklaven liegen, deren Umfang teils sich nur einige Quadratmeter umfaßt. Ihre Grenzen verlaufen völlig willkürlich und durchsichtige sogar Gebiete. In Rabstorf gibt es 1067 Braun-schweiger und 263 Preußen (die zum Kreis Döberitz gehören), und selbstverständlich bilden beide Nationalitäten je eine Gemeinde, so daß der Ort einen preußischen und einen braunschweigischen Gemeinderat und einen preußischen und braunschweigischen Gemeindevorsteher hat. Nur über Kirche, Schule und Wege besteht glücklicherweise Einigkeit, da sie braunschweigisch sind und aus einer gemeinsamen Kasse gehen. Ansonsten sind natürlich auch die Finanzen streng getrennt. Bei dem willkürlichen Verlauf der Grenze entfiel manche Preisfrage, so z. B.: „Zählt ein Kaufmann, dessen Grundstück vorwiegend auf preußischen Gebiet, dessen Laden aber auf braunschweigischem liegt, nach preußischem oder braunschweigischem Tarif Gewerbesteuer?“ Es gibt in Rabstorf auch einen Kuckhahn, dessen Zinsfuß mit den Vorderbeinen auf preußischem, mit den Hinterbeinen auf braunschweigischem Boden stehen.

Schilda ist übertrumpft, es lebe Rabstorf! Aber glaubt man im Ernst, eine Nation könne großzügige Weltpolitik treiben, die im Ärmern mit Lieberleibsel aus dem 16. Jahrhundert zu kämpfen hat?

## Erzellenzen in der Reichsfinanz Aber Herr Popitz!

In den Verfügungen, die der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Popitz, erläßt — uns liegt zum Beispiel die Verfügung P. 1923 s — 8101 vom 5. März 1923 an die Herren Präsidenten der Landesfinanzämter vor — werden die Empfänger folgenbermaßen angedeutet:

Euer  
Erzellen,  
Nachholgeboren.  
Der Herr Reichsfinanzminister sollte mit diesem Antrag nach zehn Jahren Republik doch schließlich ein Ende machen. Im Reichsfinanzministerium sollte man sich doch nicht durch das Reichsfinanzministerium beschämen lassen. Dort hat Herr Gröner angeordnet, daß selbst Generale, die den Titel Erzellen führen, nur mit Herr General anzureden sind. Unseres Wissens sind in der Republik Titel abgeschafft, das sollte auch Herr Popitz wissen.

## Stahlhelm-Volksbegehren Ein vertrauliches Rundschreiben.

Der Stahlhelm geht jetzt endlich an die Vorbereitungsarbeiten für sein Volksbegehren. Um einen Ueberblick über die Kräfte zu gewinnen, mit denen er rechnen kann, sind an die Gaue, Kreise, Ortsgruppen und Ratsradikalen Fragebogen gegeben, in denen von den einzelnen Mitgliedern namentlich einzutragen ist, ob sie selbst mit

Trat, Kindern, Verwandten und sonstigen Familienangehörigen sich eintragen und bei welchen Personen sie außerdem für die Eintragung sorgen werden. Dann wird nach Anschriften von Personen gefragt, die national sind, aber noch „bearbeitet“ werden müssen und zum Schluß sind die Personen, aus der Minderheit des Mitgliedes anzugeben, auf deren Eintragung nicht zu rechnen ist. In dem zu diesem Rundschreiben und Listen ausgegebenen Beleg heißt es u. a.:

„Die Vorbereitungen für das Stahlhelm-Volksbegehren sind mit aller Energie aufzunehmen. Jeder Kamerad hat sich reiflos für das Volksbegehren einzusetzen und zur Verfügung zu stellen. Jeder Stahlhelml Kamerad hat sich einzutragen oder er zieht vorher die Konsequenzen. Für die Beamtenkameraden ergeben noch besondere Anweisungen. Zur Durchführung erhält jeder Kamerad einen Vordruck, der gewissenhaft auszufüllen und vertraulich zu behandeln ist.“

## Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion

### Gegen parlamentarische Obstruktion

Die demokratische Landtagsfraktion hat, um der ewigen Obstruktion im Preussischen Landtag ein Ende zu bereiten, eine Veränderung des preussischen Diätengesetzes dahingehend beantragt, daß bei der Nichtbeteiligung an namentlichen Abwimmungen ebenso wie im Reichstag die Tagesdiäten in Abzug gelangen. Dieser Antrag fand am Donnerstag, dem 18. April, auf der Tagesordnung, aber nur unter der Voraussetzung, daß niemand dazu reden würde und nur zum Zwecke der Ueberweisung an den zuständigen Ausschuss. Nachdem schon im Letztetentat versucht worden war, den Antrag zur Abweisung zu bringen, meldeten sich im Plenum der Nationalsozialist Rube und der Kommunist Paul Hoffmann zum Wort, während der deutschnationale Abgeordnete Kießel gerade eine dritte Wortmeldung anzubringen versuchte. Damit haben diese Parteien, die sonst nicht genug über den angeblich so kostspieligen Parlamentarismus und seine Diätenwirtschaft schimpfen können, deutlich genug bewiesen, mit welcher unigen Liebe sie selbst an einem ungehörigen Diätenbezug längen.

## Bezirk Halle

### Wahlkreisparteitag in Halle

Am Sonnabend, dem 11., und Sonntag, dem 12. Mai, findet unter

### 8. ordentl. Wahlkreisparteitag

in Veranstaltungen sind vorzusehen:

1. Sonntag, dem 11. Mai, abends 8 Uhr, pünktlich im Saale des Stadtschützenhauses, Kreuzstraße 1. Große öffentliche Kundgebung

Redner:  
Reichstagsabgeordneter, Staatspräsident a. D. Professor Dr. Hummel  
Staatsminister Dr. Schreiber

Im Anschluß an die Kundgebung findet im kleinen Saal des Stadtschützenhauses in Anwesenheit der Herren Dr. Schreiber und Dr. Hummel ein geistliches Beisammensein der Delegierten und Gäste mit den halleschen Parteifreunden statt.

2. Sonntag, dem 12. Mai, vormittags 11 Uhr, pünktlich. Beginn der Verhandlungen des Parteitag

im großen Saal des Neumarkt-Schützenhauses, Dars 41. Die Herren Prof. Dr. Hummel und Minister Dr. Schreiber nehmen an den Verhandlungen teil. Tagesordnung:

1. Begrüßung.
2. Vortrag des Herrn Land-schauplatz der Provinz Sachsen, Geheimrat Dr. Sühner, über „Aufgaben und Probleme des Provinzialverbandes“.
3. „Die politische Lage“; Prof. Dr. Hummel, Minister Dr. Schreiber.
4. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
5. Bericht des Vorstandes.
6. Bericht der Mitglieder des Reichsparteiausschusses.
7. Bericht des Landes.

Vor Beginn des Wahlkreisparteitages treten die Gruppen der Jungdemokraten (innerhalb ihres Bezirksverbandes)

um 9.30 Uhr im Rufstimmer des Neumarkt-Schützenhauses zu einer Tagung zusammen.

Ueber Organisationsfragen spricht der Landesverbandsvorsitzende Herr Bruno Schröder-Drauschwitz. An Kreisvereine, Ortsgruppen und Vertrauensleute sind Einladungen bereits erangien. Wir bitten aber auch alle Parteifreunde in Halle und im Bezirk, die vorgelegten Veranstaltungen zu besuchen. Sie sind als Gäste bei den Verhandlungen des Parteitag bezüglichen willkommen.

Halle. (Friedrich-Naumann-Bund, Jungdemokraten). Am Dienstag, dem 30. April findet eine Zusammenkunft in Nicolaus statt. Tagesordnung wird mit der schriftlichen Einladung bekannt gegeben. Alle Jungdemokraten werden dringend gebeten, an dieser Versammlung teilzunehmen. Gäste willkommen.

Halle. Sonntag, dem 5. Mai, vormittags 10.30 Uhr, findet im Saal des Schützenhauses, Merseburger Straße 10, eine wichtige Versammlung der demokratischen Beamten aus Halle und aus dem Bezirk statt. Es ist gelungen, zu dieser Versammlung unseren Reichstagsabgeordneten, Reichswohlberühmter Otto Schuldt,

als Redner zu gewinnen. Herr Schuldt spricht über die aktuelle Frage „Was hat das Berufsbeamtentum vom Reichstag zu erwarten?“. Alle Kolleginnen und Kollegen erhalten zu dieser Versammlung besondere Einladungen. Die Versammlung ist also keine öffentliche, vielmehr eine geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Halle. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der Bezugspreis für den „Politischen Beobachter“ auch nach seiner Umänderung trotz der Reichhaltigkeit seines Inhaltes monatlich nie höher nur 75 Pfg. beträgt. Die Zustellungsgebühr durch die Post ermäßigt sich auf 4 Pfg., so daß unsere Leser fortan nur 79 Pfg. zu zahlen haben.

Halle. Der Verein der Deutschen Demokratischen Partei hielt am 19. April im Saal des Neumarkt-Schützenhauses seine diesjährige Hauptversammlung ab, die der Vorsitzende Minister leitete. Aus dem vom Geschäftsführer Dornblüth erstellten Jahresbericht ging eine rege Tätigkeit auf dem politischen und kommunalpolitischen Gebiet hervor. Als Parteisekretäre wurden die Herren Dr. Liebig und Dipl. Landwirt Schultz in dem Laufe des Jahres neu ernannt. Der Hauptmeister, Herr Schwarz, gab den Ausschluß. Die Versammlung erzielte mit Dank die beabsichtigte Entlassung. Dem erfolgte die Wiederwahl des bisherigen geschäftsführenden Vorstandes, also der Herren Müller, Schwarz, Grünfeld, Renker, Königs, Bode, Baro und der Damen Ehrlich, Wolff und Behre. Hingeworfen wurden die Herren Salzman und Arthur Simonow. Als Abgeordneter gehört diesem Vorstande ferner Herr Minister Dr. Schreiber an und Frau Margarete Weinwies als Ehrenvorsitzende. Die Wahl des erweiterten Vorstandes erfolgte nach vorliegender Vorläufigkeit. Ebenso die Wahl der stimmberechtigten Delegierten zum Wahlkreisparteitag am 11. und 12. Mai. Hierauf referierten die Herren Prof. Grünfeld und Dr. Liebig über die im preussischen Landtag kürzlich behandelte Vorlage der Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer. Von den Referenten wurde das Für und Wider dieser Frage nach allen Seiten beleuchtet. Eine besondere Hervorhebung fand dabei der neuerdings von der demokratischen Landtagsfraktion eingebrachte Antrag, der die kritische Frage durch Befreiung der drückenden Realsteuern beseitigt wissen will. Der Antrag lautet:

„Das Staatsministerium wird ersucht, seinen ganzen Einfluß gegenüber dem Reich dahin aufzubieten, daß das Steuerwesen in heillosen Verfallungsgang mit größter Beschleunigung verabschiedet wird. Die einseitige Härte Belastung einzelner Volksschichten durch die Realsteuern ist gleichmäßig zu beseitigen, und zwar:

1. durch das Recht der Gemeinden, Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben,
2. durch die Wiederherstellung der Relation zwischen diesen Zuschlägen und den Realsteuern.

Nach einer zustimmenden Aussprache über die Referate schloß Herr Müller die gut besuchte Versammlung.

Sonntag, dem 11. Mai, abends 8 Uhr, pünktlich im Saal des Stadtschützenhauses, Kreuzstraße 1. Große öffentliche Kundgebung

Redner:  
Reichstagsabgeordneter, Staatspräsident a. D. Professor Dr. Hummel  
Staatsminister Dr. Schreiber

Im Anschluß an die Kundgebung findet im kleinen Saal des Stadtschützenhauses in Anwesenheit der Herren Dr. Schreiber und Dr. Hummel ein geistliches Beisammensein der Delegierten und Gäste mit den halleschen Parteifreunden statt.

2. Sonntag, dem 12. Mai, vormittags 11 Uhr, pünktlich. Beginn der Verhandlungen des Parteitag

im großen Saal des Neumarkt-Schützenhauses, Dars 41. Die Herren Prof. Dr. Hummel und Minister Dr. Schreiber nehmen an den Verhandlungen teil. Tagesordnung:

1. Begrüßung.
2. Vortrag des Herrn Land-schauplatz der Provinz Sachsen, Geheimrat Dr. Sühner, über „Aufgaben und Probleme des Provinzialverbandes“.
3. „Die politische Lage“; Prof. Dr. Hummel, Minister Dr. Schreiber.
4. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
5. Bericht des Vorstandes.
6. Bericht der Mitglieder des Reichsparteiausschusses.
7. Bericht des Landes.

Vor Beginn des Wahlkreisparteitages treten die Gruppen der Jungdemokraten (innerhalb ihres Bezirksverbandes)

um 9.30 Uhr im Rufstimmer des Neumarkt-Schützenhauses zu einer Tagung zusammen.

Ueber Organisationsfragen spricht der Landesverbandsvorsitzende Herr Bruno Schröder-Drauschwitz. An Kreisvereine, Ortsgruppen und Vertrauensleute sind Einladungen bereits erangien. Wir bitten aber auch alle Parteifreunde in Halle und im Bezirk, die vorgelegten Veranstaltungen zu besuchen. Sie sind als Gäste bei den Verhandlungen des Parteitag bezüglichen willkommen.

Halle. (Friedrich-Naumann-Bund, Jungdemokraten). Am Dienstag, dem 30. April findet eine Zusammenkunft in Nicolaus statt. Tagesordnung wird mit der schriftlichen Einladung bekannt gegeben. Alle Jungdemokraten werden dringend gebeten, an dieser Versammlung teilzunehmen. Gäste willkommen.

Halle. Sonntag, dem 5. Mai, vormittags 10.30 Uhr, findet im Saal des Schützenhauses, Merseburger Straße 10, eine wichtige Versammlung der demokratischen Beamten aus Halle und aus dem Bezirk statt. Es ist gelungen, zu dieser Versammlung unseren Reichstagsabgeordneten, Reichswohlberühmter Otto Schuldt,

Damit jeder sie sehe und jeder sie lobe  
Schicken umsonst wir Hefte zur Probe!

## Der Deutsche Rundfunk

Die größte Funkzeitschrift! — bringt wöchentlich alle ausführenden Programme der in- und ausländischen Sender

Hefte 30 Pfg., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probestheft umsonst vom Verlag Berlin N 24

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle.  
Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Dessau,  
Poststraße 4.

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, Höhere Gewalt und Betriebsführung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 17

Halle, 27. April 1929

5. Jahrgang

## Bertagung der Reparationsfrage

### Das Scheitern der Konferenz

Seitdem das Memorandum der Gläubigerstaaten veröffentlicht worden ist, war es klar, daß eine Einigung nicht mehr erzielt werden konnte. Die Tagung bereits das Scheitern der Konferenz zugrunde, und nicht erst, wie es die französische Propaganda darstellen will, in dem deutschen Gegenwärtigen. Man wird es den Franzosen zugeben müssen, daß sie agitatorisch ausgearbeitet gearbeitet haben und uns gegenüber wieder einmal ihre Überlegenheit bewiesen. Man hielt in Berlin zu stark an den Vereinbarungen fest, obwohl sie längst durchbrochen waren. Selbst das deutsche Memorandum ist in Neu-York fast zwei Tage vor Berlin veröffentlicht worden. Das schloß naturgemäß unsere öffentliche Stellung in der Weltmeinung. Dabei hat sich gezeigt, daß der von Saragat vorbereitete kurze Auszug genau so unvollständig war wie die erste Meldung über die Schwierigkeiten in dem Unterhandlungsraum, der von dem sechsten verstorbenen Lord Rothermere seinen Namen empfangen hatte. Gegen diese Art Propaganda können wir natürlich nicht auf. Manches hätte bei uns leichter und geschickter gehandhabt werden müssen, aber in dem Kampf mit Fälschungen und verfälschten Waffen werden wir immer die Schwächeren sein, schon weil wir Rückfragen auf die anderen Beteiligten, in diesen finanziellen Auseinandersetzungen auf die Amerikaner, in politischen auf die Engländer und Italiener nehmen müssen. Wir haben es zu ertragen, daß man uns vielfach die Schuld an dem Mißerfolg der Konferenz aufhören wird. Das läßt sich nicht mehr ändern. Die Rechtfertigung unseres Verhaltens haben wir der Zukunft zu überlassen, wenn sich nämlich herausstellen wird, daß Schacht tatsächlich das Höchste gehoben hat, was mit deutscher Leistungsfähigkeit überhaupt noch in Einklang zu bringen war. Nach Auffassung weitaus der Kreise, und zu ihnen gehört sogar der sozialdemokratische preussische Ministerpräsident, ist diese Grenze bereits überschritten worden.

### Das Communiqué

Der Tod Lord Rothermores, an sich ein bedauerndes Ereignis, zumal dieser englische Bankier sich redlich um einen Abschluß der Arbeiten bemüht hat und sicherlich an den Überanstrengungen dieser Wochen zugrunde gegangen ist, hat zweifellos den schroffen Abbruch der Verhandlungen verhindert. Man hatte durch die Trauerfeier Zeit gewonnen, um sich etwas zu beruhigen. Der alte Satz, das einige Stunden Nachdenken genügen, um die erste Erregung zu dämpfen, hat sich hier durchaus bewährt. Wäre die Konferenz zu der vereinbarten Stunde zusammengetreten, so hätte vermutlich die Verlautbarung eine andere Fassung erhalten. So aber konnte man noch einige Unterhaltungen einschleiben, die einer verhältnismäßig Stimmung dienlich. Nicht einer Annäherung in sachlicher Hinsicht. Nur die Form wurde gewahrt. Aber auch das ist schon unter den gegebenen Umständen ein Vorteil. Man wird zunächst in dem neuen Unterhandlungsausschuß, dem die sieben Hauptdelegierten angehören, Bericht erstatten. Greifbares kann dabei nicht herauskommen. Das einzige positive Ergebnis dieser ganzen Monate ist der Gedanke, die jetzigen Organisationen durch eine Rekonstruktion zu ersetzen. Zahlenmäßig ist man soweit voneinander entfernt, daß eine Angleichung außer Bereich der Möglichkeit liegt. Damit ist der Zustand eingetreten, den wir von Anfang an als den wahrscheinlichsten angesehen haben. Der Bericht geht an die Regierungen, die nun ihrerseits in diplomatische Förderung eintreten. Das wäre auch der Fall gewesen, wenn die Sachverhältnisse zu einer Einigung gelangt wären, nur mit dem Unterschied, daß dann eine Vorarbeit geleistet worden wäre, die jetzt fehlt und daß man dann in den Kabinetten nur zu über sein hätte sagen können. Der Vorgang erinnert lebhaft an das Schicksal jener Bankierkonferenz im Hochsommer 1922 unter Vorsitz Morgans, die am Widerspruch Poincarés scheiterte. Zwei Jahre später wurde durch auf derselben Grundlage das Dawesquodaten abgeschlossen. Ganz solange wird es diesmal nicht dauern, aber man wird gut tun, sich immerhin auf einen erheblichen Zeitraum einzustellen.

### Die deutsche Stellung

Es hat keinen Zweck, auf die Einzelheiten des Kampfes einzugehen, weil die Zahlen auf beiden Seiten durch die Umstände bedingt wurden. Man soll in dieser Hinsicht gerade sein. Die Gläubiger gingen von dem aus, was sie selbst an Amerika zu ermitteln haben, wozu sie noch die Kosten des Wiederaufbaues und andere alte Forderungen, wie z. B. Belgien den Ersatz der während der Okkupation ausgegebenen deutschen Marknoten hinzusetzen. Deutsch-

land richtete sich nach seiner Leistungsfähigkeit, die natürlich weit unter dieser Summe lag. Dazwischen gibt es keine Einigung und zwar deshalb, weil die Regierungen der Entente nicht in der Lage sind, ihrem Volke das Gefährdungs zu machen, daß sie selbst einen Teil der Kriegskosten aufzubringen haben. Man hat viel zu lange, sowohl während der Schlachten selbst als auch bis in die Jetztzeit hinein mit dem Schlagwort gearbeitet, daß Deutschland alles verfallen würde. Die Schuld trägt Amerika, obwohl man zugestehen muß, daß es in seinen Abkommen mit Frankreich, England, Italien und Belgien schon entgegenkommend gewesen ist. Es hat einen erheblichen Nachteil gewährt, aber es reicht nicht aus, um die europäischen Finanzprobleme in Ordnung zu bringen. Der Begriff Schuld ist natürlich relativ. An sich ist man in Wälsungen nicht verpflichtet, um Europa zu helfen, nur noch tiefer in die eigene Falle zu greifen, aber die eigene Vorteil würde es gebieten, denn die alte Welt würde solange für amerikanische Produkte nicht aufnahmefähig sein, als diese Milliardenforderungen bestehen. Ein gewisse Erdölprodukt zu bestehen, nur wissen wir natürlich nicht, ob sie eines Tages eine profunde Auswertung erfahren würden. Es stehen sich also die Forderung der Gläubiger und das Angebot der Schuldner unverwundlich gegenüber. Entscheidend muß dabei die deutsche Leistungsfähigkeit sein. Weshalb, die niemals honoriert werden können, haben keinen Sinn. Daran ändern auch die besten Rechtsmittel nichts. Wenn die diplomatischen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, so wird in kurzer Zeit der Transferentscheid in Wien/Ankett treten, d. h. das Transferentom wird vor der Unmöglichkeit stehen, die in deutschen Mark geleisteten Zahlungen zu übertragen. Auf diesen Augenblick müssen wir warten, um eine vernünftige Regelung zu erzielen. Das ist auch der Grund, weshalb manche Fahrer der finanziellen Rechtmäßigkeit von vornherein den Zusammentritt der Konferenz als verfehlt bezeichnet haben.

### Etat und Finanzen

Es ist gelungen, den Etat für 1929 auszubalanzieren, aber froh wird dessen niemand. Als das Kompromiß der fünf Parteien vorlag, haben wir es sofort mit einem Fragezeichen versehen, auch hier war eine Zwangslage vorhanden, aus der niemand einen Ausweg sah. Die liberalen Parteien hatten vollkommenes Recht, wenn sie neue Steuern als untragbar für die Wirtschaft bezeichneten, deshalb mußten Vorfälle vorgenommen werden. Auf der anderen Seite aber stellte sich sehr schnell heraus, daß es neben dem Defizit im Etat noch ein anderes und viel schlimmeres gab, nämlich das in den Reichsstellen. Von hier droht die äußerste Gefahr. Jede Steuer hätte erleichternd gewirkt. Die scheinbare Deckung des Defizits jedoch, die rein buchmäßig und nicht tatsächlich erfolgt, bringt kein Geld in die Kassen. So sah man sich genötigt, wieder den Weg der Anleihevermehrung zu beschreiten. Das ist außerordentlich bedenklich, schon weil augenblicklich das Reich Kredite nur gegen hohe Verzinsung in Anspruch nehmen kann, also für die Zukunft eine neue Belastung eintritt. Dazu kommt noch, daß voraussichtlich aus dem Jahre 1928 ein beträchtlicher Fehlbetrag entsteht. Wenn es nicht gelingt, bis zum Herbst in dem das neue Reparationsjahr beginnt, eine fühlbare Erleichterung unserer Verpflichtungen herbeizuführen, dürfen uns das erbitterten Kämpfe um eine Finanzregelung bevorstehen.

### Müller und Westarp

Bei der zweiten Lesung des Etats hat es einen bemerkenswerten Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden der deutschen nationalen Reichstagsfraktion und dem Kanzler gegeben. Graf Westarp hielt die Stunde für gekommen, um mit häßlicher Schandentunde den Etat über das Kabinett zu brechen. Nichts, gar nichts ist bisher erzielt worden. Er höhnerte auch über die Art der Regierungsbildung, wozu er durchaus im Recht wäre, wenn nicht seine Partei bei ähnlichen Anlässen noch viel schlimmer verlogt hätte. Der Kanzler wies ihm gegenüber auf die zahlreichen Gesetzesvorlagen hin, die bereits eingebracht worden sind. Durchschlagend ist das natürlich nicht, denn es kommt nicht darauf an, als eine Regierung Entwurfe vorzubereiten, sondern ausschließlich darauf, daß sie verabschiedet werden. Graf Westarp hat nur vergessen, daß das jetzige Kabinett die schwierigste Erbschaft der Reichsregierung Marx übernehmen mußte. Diese ist aufzulösen und hat in ihrem Sturz den Reichstag mitgerissen. Sinzu kommt, daß die innere Politik völlig durch die Verhandlungen in Paris gelähmt worden ist. Graf Westarp meinte, daß man

die Kriegsschuldfrage in den Vordergrund hätte schieben müssen, was schließlich nur bewies, daß er nichts zugeleitet hat. Wenn man Sabotage über wollte, dann hätte man das billiger haben können und die Konferenz mit der Begegnung ablehnen müssen, daß man zuvor eine politische Frage, nämlich die der Schuld am Beginn des Weltkrieges, klären wollte. Wenn man jedoch Wert darauf legte, wenn man jedoch zu einem Ergebnis gelangen wollte, man der Versuch unbedingte Notwendigkeit, dann mußte man die Verhandlungen auf wirtschaftlicher Basis eine Einigung zu erzielen. Ob das möglich ist oder nicht, gehört gar nicht hierher. Ein gewissenhafter Staatsmann muß jedenfalls sich bemühen, durch Verhandlungen heranzutreten. Das haben ja auch die Deutschnationalen getan, als sie die Hälfte ihrer Abgeordneten abkommandierten, damit der Dawesplan durchzuführen gelte. In einem Punkt war der Kanzler sehr gut und mit Recht. Westarp hatte das parlamentarische System überflüssig in Grund und Boden verurteilt. Müller wies darauf hin, daß es bereits im Oktober 1918 unter Wilhelm II. eingeführt wurde, als der kaiserliche Absolutismus am Ende seiner Weisheit angelangt war. Er hat auch die Frage aufgeworfen, was Graf Westarp an seine Stelle setzen will. Die Antwort ist wie immer ausgefallen.

### Der Battenberger

Am 29. April sind 50 Jahre verlossen, seit in Tizanova die Bulgaren Alexander von Battenberg zu ihrem Fürsten erwählten. Bermanntschastliche Beziehungen verbunden ihn mit Hessen, woher er kam, mit England, in dem ja die Battenberger noch heute eine Rolle spielen und mit Rußland, da er der Kette Alexander II. des Zarenhofes war. So haben alles für ihn günstig zu verlaufen. Einen Sieg über die Serben konnte er allerdings nicht ausmachen, weil Österreich damals ihm in den Rücken fiel und ihm die Frucht verriet. Die russischen Offiziere und Beamten in seiner Umgebung haben dann durch ihr Verhalten eine Entfremdung zwischen dem Fürsten und dem Zaren herbeigeführt. Alexander wurde durch eine Verdrängung aufgehoben und über die russische Grenze gebracht. Er kehrte zwar noch nach Sofia zurück, dankte dann aber trotzdem ab, weil er sich in eigenen Lande nicht mehr halten konnte. Ein typisches Fürstentum mit all den Anträgen der Dynastien und daher auch für die Gegenwart lehrreich. Aber das ist nicht der Grund, weshalb wir die Erinnerung wachrufen. Alexander bewarb sich um die Tochter Kaiser Friedrichs, Viktoria, die jetzige Frau Zarbroski. Bis zum Spruch sein Nein, weil er zu wenig Wert auf die damals befristete und der Kronprinzen und der Kronprinzenin britischen Heirat brachte, hat dann, um jede ihrer vier Ehen, die die Kaiserin Viktoria zur Mutter von Kaiser Wilhelm II. schon ihren Schicksal erlitten haben werden.

### Am II.

Schritt bringt lantes Materie, die soviel Schritt führen. und ihn dann Reichstags zeigt nämlich nur die die grundfähig ist entfallen, Bedanken Ra v. Religi... hat... lebend... eingedrückt... Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzurufen, daß dem Artikel 174 der Reichsverfassung folgender Absatz 2 angefügt wird: Die Länder sind indes berechtigt, diejenigen organisatorischen Schulmaßnahmen zu treffen, die sie als Auswirkung des Artikel 149 Absatz 2 der Reichsverfassung (Niederlegung des Religionsunterrichts seitens der Lehrer. Nichtteilnahme der Schüler am Religionsunterricht) als notwendig erweisen."

